

Wer demonstriert, fliegt

Der Streit zwischen dem Präsidenten des Europäischen Patentamts und dessen Personal eskaliert

Von Thomas Magenheim

MÜNCHEN. Diesen Mittwoch wollten Beschäftigte des Europäischen Patentamts in München gegen die arbeitsrechtlichen Zustände im eigenen Haus demonstrieren, die sie als unhaltbar kritisieren. Nun sah sich die Haus-Gewerkschaft Suepo kurzfristig gezwungen, den Protestmarsch abzublenden.

Grund ist eine schriftliche Drohung von Amtspräsident Benoit Battistelli, die Organisatoren und Teilnehmer müssten mit disziplinarischen Konsequenzen rechnen. Das Amt befürchte, dass bei der Demonstration britische Ver-

waltungsratsmitglieder des Amts verunglimpft würden. Diese „im Voraus angenommene Verhaltensweise“ sei ein Verstoß gegen das Beamtenstatut und rechtfertige die Drohung disziplinarischer Maßnahmen, erklärt das Amt.

„Ich will nicht suspendiert werden“, sagt ein Mitarbeiter und schweigt. „Kein Kommentar, ich will überleben“, meint ein anderer. Sogar Gewerkschafter werden vorsichtig. Sie verweisen auf eine Suepo-Mitteilung. „Herr Battistellis Brief zeigt besser als jede Demonstration das Ausmaß, in dem Personal und dessen Vertretern fundamentale Rechte wie das Recht auf freie Rede und Ver-

sammlungsfreiheit vorenthalten werden“, heißt es dort.

Internationale Behörde

Der Streit im Patentamt tobt schon seit zwei Jahren. Nun hat er einen neuen Höhepunkt erreicht. Was Battistelli legale Reformen nennt, die in alte Besitzstände eingreifen, bezeichnen Teile des Personals als gravierende Eingriffe in ihre Grundrechte. Dazu muss man wissen, dass sich die Zentrale des Amts zwar auf deutschem Boden befindet, aber nicht deutschen Gesetzen unterliegt. Das Patentamt ist eine internationale Behörde, die sich ihren

eigenen Rechtsrahmen gibt. Der beißt sich vor allem auch mit deutschem Arbeitsrecht. So hat Battistelli jüngst verfügt, dass Streiks von ihm als oberstem Chef genehmigt werden müssen. Der Verwaltungsrat des Patentamts, in dem auch Deutschland vertreten ist, hat seinen Reformen bislang zugestimmt.

Gebremst wurde der Franzose nun aber vom Gerichtshof in Den Haag. Vorige Woche haben dessen Richter die rechtliche Immunität des Patentamts aufgehoben und Battistellis Reformdrang gezügelt. Demnach darf er Länge und Art von Arbeitskämpfen nicht mehr diktieren. Er darf Suepo-

Emails im Haus nicht mehr blockieren und wird aufgefordert, mit der Suepo binnen zwei Wochen in Verhandlungen zu treten. Das Patentamt wird den Spruch wohl nicht anerkennen, heißt es in München.

Betroffene appellieren an die deutsche Politik, sich endlich einzumischen. „Für den deutschen Staat sollte nun endlich die Schmerzgrenze erreicht sein“, sagt ein Patentamtsmitarbeiter und bittet um Anonymität.